

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erschiet an allen Werktagen.
Abonnement in der Stadt vierteljährlich M. 1.35 monatlich 45 Pf.
Bei allen württ. Postämtern und Boten im Orts- u. Nachbortortverkehr vierteljährlich M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hierzu Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkundigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklosterle etc.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Kassierliche 10 Pfg., die Kleinspaltige Garmondzelle.
Kontinuum 15 Pfg. die Zeile.
Bei Wiederholungen entspr. Rabatt.
Fremdenliste vom Heberlein kuml.
Telegraphen-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 13 Samstag den 21. Februar 1914. 21. Jahrgang.

Königtum und Parlamentarismus.

Von Friedrich Raumann.

Es wird jetzt von allerlei konservativen Blättern und Rednern die Gefahr beschrieben, die für die Monarchie aus dem demokratischen Geiste des Volkes und Reichstages sich ergeben kann. Der Monarchismus soll gegen seine Angreifer geschützt werden, und die echt patriotischen Leute bieten ihre guten Dienste dazu an, den Monarchen von der bösen Umklammerung der Volkselfständigkeit zu befreien. Zwar ist eine besondere Veranlassung zu solchem Vorgehen nicht vorhanden, denn niemand, auch nicht die Sozialdemokratie hat neuerdings irgendeinen Schritt getan, der wie ein Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers aussehen könnte, aber die Konservativen wollen einen Agitationsstöß haben und phantastieren von Gewalten, die den Thron zu erschüttern bereit sind. Sie brauchen Geiseln, um selber als starke Männer erscheinen zu können.

Wie sieht in Wirklichkeit die Sache? Daß in theoretischen Programmen der Sozialdemokratie die Regierung durch das Volk, das heißt die Republik ausgesprochen ist, wird von keiner Seite bestritten, und die Sozialdemokraten tun durch unübliche Ablehnung von Wunschkandidaten und Hinführung des übrigen, den theoretischen Gegenseit im Bewußtsein zu erhalten. Daß schon das letzte ihnen nicht überall gelingt, ist aber ebenso bekannt, und noch wichtiger ist, daß von der Sozialdemokratie, sei es aus Furcht oder Müdigkeit oder irgendeinem anderen Grunde, tatsächlich nichts Revolutionäres versucht wird. Selbst im November 1908, als die ganze Volkstimmung als Kaiser, Bundesrat und Reichstag gemeinsam die Notwendigkeit der Einschränkung persönlicher Reaktionen des Kaisers betonten, trat nirgends und in keiner Weise aus nur ein Versuch zugute an monarchischen Beständen selbst etwas zu ändern. Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer hat damals in etwas anderer Tonart, aber im Grunde nichts anderes vorgeschlagen als Herr v. Heubrand auch und als der jetzige bayerische Staatsminister v. Hertling. Die Demokratie hat ihrerseits die monarchische Frage nicht von neuem angefochten. Sie begnügt sich mit gelegentlicher Wiederholung alt gewordenen republikanischer Bekenntnisse, denn sie hat auch in republikanischen Ländern ihre Erfahrungen gesammelt und ist nicht gewillt, ihre Kraft an einer für sie ausfichtlosen Stelle einzusetzen.

Es ist aber auch nicht eigentlich das radikale republikanische Bekenntnis, das jetzt als Gefahr an die Wand gemalt wird, weil dieses allzu lustig über den Dingen schwebt,

sondern es ist die Forderung des parlamentarischen Regiments. Wenn von uns oder anderen Mitgliedern der Linken ausgesprochen wird, daß die Volksvertretung einen Einfluß auf die Auswahl der leitenden Minister gewinnen wolle, dann steigen die konservativen Heiden in die Höhe und geloben, den König bis zum letzten Blutstropfen vor solcher Verkleinerung einer angeordneten Würde schützen zu wollen, dann wollen sie keinen Schattenkönig, kein Herabmindern seines ureigensten erblichen Einflusses.

Dazu also sollen die nachfolgenden Erwägungen angestellt werden: Sehen wir den Fall, es könnte eine irdische oder überirdische Gewalt dem Könige wieder alle Rechte und Befugnisse der vorparlamentarischen Zeit, der Zeit vor 1848 verleihe; sie könnte vor den König von Preußen treten und ihn fragen, ob er mit seiner Dynastie wieder dasselbe werden wolle, was seine Ahnen vor der Verfassung waren, so würde der König sich Bedenken erbiten und nach vollbrachten Nachdenken die Idee des wieder von den Zeiten zu erweckenden absoluten Regiments von sich weisen. Das würde er tun, weil er König ist, und um so sicherer, je mehr er als König fühlt, denn er würde mit dem Naturgefühl des erblichen Herrschers empfinden, daß seine Dynastie heute sicherer ist, als sie vor 1848 war. Damals hat man ihm nämlich einerseits etwas genommen und andererseits etwas gegeben. Man nahm ihm den Schein, als ob er alles allein machen könne, aber man gab ihm dafür Mitbestimmte, Mitschuldige, Mitverantwortliche, wenn die Regierung den Wünschen der Bevölkerung nicht entsprach. Aus dem König, der für alles selber verantwortlich war, was im Staate geschah, wurde der König, dem man die guten und glücklichen Handlungen zuschreibt, während man für die weniger erfreulichen seine Minister und die parlamentarischen Mehrheiten in Anspruch nimmt. Der Parlamentarismus wirkt als Entlastungsmittel. Das ist insbesondere für starke Gebildeten und anständiggeborenen Bedeutung. Kein absoluter Monarch kann eine Behörde und Vermögenszuwachssteuer durchzuführen, wie wir sie jetzt haben! Jetzt denken die etwa Unzufriedenen gar nicht daran, die Geschosse ihres Unwillens gegen die Monarchie zu richten, sondern sie beklagen sich über Nachlässigkeit ihrer gewählten Vertreter. Auch bei Wirtschaftskrisen liegt der Fall ebenso. Es gibt kein Wirtschaftsgesetz, durch das nicht ein Teil der Bevölkerung gekümmert wird. Dieser Kummer wird jetzt gegenseitig von den Parteien getragen, kaum von den Ministern, gar nicht vom König. Der wird jetzt den König beschuldigen, wenn er sinkende Staatskasse gekauert hat? Wer rechnet es ihm zu, wenn er über die neue Versicherungsordnung schimpft? Kein König, der das alles sich vergegenwärtigt, will jemals wieder ohne Parlament regieren, mag er selber sonst das Parlament auch noch so wenig als eine erfreuliche Erscheinung ansehen. Es ist für die Könige eine Notwendigkeit geworden, eine Sicherheits-

richtung gegen zu hohe Spannungen. Warum sonst machen selbst die Zaren und Sultane des Ostens den Versuch, sich mit einer Duma zu umgeben?

Aber, so heißt es, es ist das Parlament nichts anderes sein wollen als eine beratende Körperschaft mit gutachtlicher Stimme! Das ist das Ideal der heutigen Konservativen, während ihre Vorfahren überhaupt gegen alles Parlamentarismus waren. Das Parlament soll mitreden dürfen, aber nicht mitregieren! Das ist jedoch nur deshalb das Ideal der Konservativen, weil sie auf diese Weise immer in der Regierung zu sein hoffen. Sie betrachten die Sache von ihrem Parteistandpunkt aus und nicht von dem der Monarchie. Eine selbstherrliche, parlamentarische Regierung, die sich gegen ihre Rittergutspolitik wenden würde, könnte gar keine erbitterteren Feinde haben als genau dieselben Leute, die jetzt so tun, als erblicben sie vor Monarchismus. Wir erinnern an Bismarcks Darstellung aus dem Anfang der sechziger Jahre und an die Zeit des Kaisers Friedrich. Die Konservativen sind nicht aus Monarchismus gegen durchgeführten Parlamentarismus, sondern weil sie im Besitz der Herrschaft zu sein glauben und vom parlamentarischen System ein Vermindern ihrer Fideikommiss-, Renten und Patronate und eine wirkliche innere Kolonisation und deutsche Bauerpolitik im Osten erwarten.

Der König aber hat noch anders zu rechnen als ein parlamentarischer oder schlichter Rittergutsbesitzer. Er wird den letzteren zu schätzen wissen, schon weil er selber größter Grundbesitzer ist, aber er kann sich nicht darüber täuschen, daß sein Thron nicht bloß auf Leuten wie Heubrand, Oldenburg, Pobjielsky und Dr. v. Jagow aufgebaut sein kann. Ein König nämlich lebt davon, daß sein Königtum geglaubt wird. Ist das nicht der Fall, so hilft ihm auf die Dauer weder Erbrecht noch eigene Ueberzeugung. Er kann zeitweise viel wagen, da er eine mächtige Tradition auf seiner Seite hat, aber alles Wagnis hat gewisse Grenzen. Wir leben eben mit Interesse zu, wie der König von Schweden bis an die Grenze des Wagnisses geht, und wissen nicht, ob er dabei siegen wird oder nicht. Viel mehr als der König von Schweden können die Könige von Preußen wagen, aber so klug ist noch jeder von ihnen, sobald er den Thron wirklich besetzen hat, um zu wissen, daß er nicht Parzellkönig sein kann und darf. Um den Thron zu sichern, wurde das Königtum konstitutionell, ließ man sich reden und nahm eine Verfassung an. So war es in England, so ist es in Deutschland.

Vom englischen König hat man rablos oft das Wort vom Schattenkönig gesagt, nichts aber ist falscher als das. Es konnte bei der Königin Viktoria einigermassen zutreffen, aber das lag dann mehr an ihr als an ihrem Sohn. Sobald ihr Sohn Eduard VII. anging, seine englischen Königsrechte praktisch geltend zu machen, zeigte sich, daß er fernwegs ein Schatten war. Deshalb hätten wir uns

Was da immer kommt je werden.
Rebelle lehne nicht und Wachen,
Über late deine Seite
Vor dem Patrioten Maden.
Theob. Schöw.

Durch eigene Kraft.

Von Otto Ecker.

„Er hat mich bedroht, er hat mich mit einem Tadel in Böden schlagen wollen.“
„Das ist nicht wahr!“
„Wahrscheinlich mit diesen Worten?“ rief der alte Mütterchen.
„Gute Nacht, das ist nicht so geht wie Deineten sonderem Bruder.“
„Wo verläßt lieber das Haus, ich bin Franz Martini heute“, entgegnete sie mit bebender Stimme.
Der alte Mütterchen Schweigend verließ Trude das Zimmer und schloß sich in ihrer Stube ein.
„Das war ihr Weihnachtsmorgen!“
Gegen Mittag klopfte es leise an ihrer Zimmertür.
„Wer ist das?“ fragte sie.
„Ich bin es, Fräulein Trude — Martini“, entgegnete die Stimme des alten Herrn. „Ich bitte Sie, mit einigen Augenblicke Warten zu warten.“
Trude öffnete die Tür und der alte Martini trat ein. Er war kleinlich mit schmalen Zügen und weicher Haut; gelblich, in der Hand trug er einen reichhaltigen goldfarbenen Stab. Sein Altes-Häutchen-Beicht hatte einen erhabenen, feierlichen Ausdruck angenommen.
Trude sah ihn erstaunt an. Sie war es nicht gewohnt, ihn in solch feierlichem Anzuge zu sehen.
„Ich komme aus der Kirche“, sprach er mit sanfter, vernehmlicher Stimme. „Gegenüber des Heiligen Reiches und da muß man doch Gott für alle Gnade danken, die er uns erwiesen hat.“
„Was Sie gekommen, um mir dies zu sagen, Herr Martini?“ fragte Trude nicht ohne leichten Spott.
„Nein, Fräulein Trude“, entgegnete er ernst. „Ich kam zu Ihnen, um mit Ihnen über die häßliche Szene zu sprechen, die Ihr Vater Ihnen heute morgen bereitet hat. Ich belege es tief, daß sich Ihr Papa hat hinterlassen lassen. Wir, mein Sohn und ich — müssen dadurch in ein ganz solches Licht Ihnen gegenüber kommen. Ihr Papa

hat von dem Plan einer Verbindung zwischen Ihnen und meinem Franz gesprochen.“
„Nicht nur von einem Plan, sondern von einer vollen Verbindung, Herr Martini.“
„Ich bitte um Vergebung, Fräulein Trude — das war eben der Herrmann Ihres Onkels, Herrmann, mein alter Freundes. Wir haben gestern Abend allerdings diesen Plan besprochen, aber mir so wenig, noch Franz ist es eingefallen, diesen Plan als eine schickende Antwort zu bezeichnen. Mein Sohn wollte heute noch mit Ihnen sprechen — dazu erbat er sich die Erlaubnis Ihres Vaters.“
„Das ist mir lieb zu hören, Herr Martini“, riefen Sie. „Nunmehr dürfen Sie mir sagen, daß diese Verbindung nicht zwecklos geworden ist.“
„Ich kann leider keine Verbindung nicht annehmen.“
„Vergebung, Fräulein Trude, wenn ich zu helfen wage, daß Sie sich nach andern bestimmen werden.“
„Nun ja.“
„Niemals ist ein hohes Wort“, sprach der alte Martini leidend. „Man sollte es aus dem Munde der Freigelassenen — durch Ihre Weigerung werden Sie Franz tief beleidigen, denn er liebt Sie aufrichtig und ist ein treuer Mensch.“
„Herr Martini, ich glaube, ich kann Ihnen schon gut genug.“
„Nun ja, er ist zuzeiten ein bisschen wild“, lacht Martini fort. „Mein Junge, Jugend hat seine Tugenden, Jugend will ausleben. Aber ein hart leidendes Wort gibt den besten Wein. Denken Sie an Ihren Bruder.“
„Was hat Herbert damit zu schaffen?“
„Nun, er soll Ihnen nur als Beispiel dienen.“
„Wie?“
„Für den gütlichen Mut der Jugend.“
„Herbert hat niemals ausgeschrieben geübt.“
„Ich will es nicht ausschweifend nennen, wenn ein junger Mensch, der Anspruch auf ein großes Erbe hat, einige tausend Taler Schulden macht. Väter haben ihre Söhne oftmals zu knapp und nötigen sie dadurch, Schulden zu machen. Es ist traurig, aber wahr.“
„Wollen Sie damit sagen, daß Herbert Schulden hat?“
„Nein — selber. Sehen Sie hier.“
„Er sollte eine Briefstange hervor hängen sie und entnahm ihr einige Papiere.“
„Kennen Sie dieses Format?“ fragte er lächelnd, die Papiere in die Höhe haltend.
„Es sind Wechsel.“

„Ja — und kennen Sie diese Unterschrift?“
„Es ist Herbert's Name und Schrift“, entgegnete Trude erschrocken.
„Ja, es ist Herbert's Name und Unterschrift. Ich habe diese Papiere aufgelöst, um Ihrem Bruder einen Dienst zu leisten, da die Gläubiger mit den jährlichen Mitteln gegen ihn vorgehen wollten. Ich hoffe, mein alter Herrmann, Ihr Papa, würde die Scheine einlösen — aber er weigert sich.“
„Wieviel ist es?“ fragte Trude nach.
„Fünfhunderttausend Mark, Fräulein Trude — eine Kleinigkeit für Ihren Papa — aber er wagt sich nicht, es mit seinen Gläubigern nicht für Herbert zu bezahlen. Ich fürchte, ich muß jetzt auch gegen Herbert vorgehen, wenn er nicht um mein Geld kommen will.“
„Das sollten Sie nicht“, rief Trude empört. „Ich könnte augenblicklich mit fünfzigtausend Mark, nehmen Sie sie — ich werde Ihnen später mehr geben, bis alle Verbindlichkeiten Herbert's gelöst sind.“
„Das ist sehr bedenklich von Ihnen, Fräulein Trude“, entgegnete Martini, schmerzlich über die Gedanken, aber ich kann unter den obwaltenden Umständen nicht anders handeln. Und kann ich da noch ein Umstand, der dringend der Klärung bedarf. Hier ist ein Schreiben mit dem Unterschrift Ihres Vaters — Ihr Vater verleiht diese Unterschrift für fünfzigtausend Mark dem Herrn Martini, aber ich habe aus Rücksicht auf Ihren Bruder den Schein nicht eingehalten.“
Trude erbleichte. „Dann aber fragte sie entrückt: „Sie glauben, daß mein Bruder die Unterschrift gefolgt hat?“
„Das ist schon richtig.“
„Martini, hüte die Hüfte.“
„Während der Nacht, Fräulein Trude, sprach er leidend. „Der Junge des Papiers, von dem ich es kaufte, veräußerte mir, daß er es von Herbert erhalten hätte.“
„Das ist unmöglich! Man muß an Herbert schreiben!“
„Ich habe es getan. Er hat mir überhaupt nicht geantwortet. Das ist doch wohl ein Beweis seines Schuldlosigkeit.“
„Ich werde das Papier einlösen“, sagte Trude ruhig.
Martini legte die verschiedenen Papiere wieder sorgfältig in seine Briefstange, verschloß diese und heftete sie in die Brusttasche seines schwarzen Rockes, den er dann über der Brust zuknöpfte.

Fortsetzung folgt.

sonst vor ihm gefährdet? Er war eine politische Kraft ersten Grades, obwohl er vielmehr weil er über allen Parteigrenzen stand. Die Minister mochten wechseln, die große Politik ging über sie hinweg ihren Gang. Das Parlament hatte seine Selbstachtung, und der König war eben kein Minister, sondern ein König. Wenn der englische König heute die Möglichkeit hätte, sich vom Wechsel der parlamentarischen Mehrheiten freizumachen, so würde er das ebensowenig tun, wie etwa König Wilhelm II. wieder Friedrich Wilhelm IV. sein möchte.

Da die Volksvertretung bei der Ausdehnung staatlicher Aufgaben eine unbedingte Notwendigkeit geworden ist, die kein König mehr aufgeben mag, so muß ihm eben wie allen anderen Volksteilen daran liegen, daß diese notwendige Körperschaft gesund und richtig funktioniert ist. Das aber ist nicht der Fall, solange die Volksvertretung immer nur redet und nie an der ausübenden Tätigkeit irgendwie beteiligt wird. Eine Kammer, die durch Jahrzehnte hin nur zum Ja- und Neinreden da ist, aber nie ihre besten Mehrheitskräfte selber in den Staatsdienst stellen kann, bleibt ein Gebilde voll Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl. Auch der König arbeitet besser mit der Volksvertretung, wenn sie bessere und stärkere Elemente enthält. Das aber gelingt nur durch Wählbarkeit der Mitglieder. Deutschland hat auch außer den Beamten starke organisatorische und praktische Talente, aber wo sind sie heute in der Politik? Es fehlt für sie der Weg, denn das Parlament, wie es jetzt ist, kann organisatorische Kräfte nicht heranziehen, weil sie in ihm nichts zu tun bekommen. Hier liegt die innere Notwendigkeit der Weiterentwicklung. Um jedoch besser zu werden, muß das Parlament das parlamentarische System verlangen.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 19. Februar 1914.

Am Bundespräsidenten: Dr. Lisco.
Vizepräsident Dr. Paasche eröffnete die Sitzung um 1 Uhr 5 Minuten.

Die zweite Beratung des Etats des Reichsjustizamts wurde fortgesetzt. Zur Besprechung stand beim Titel „Staatssekretär“ nur noch der Fall der Witwe Hamm.

Abg. Dittmann (Soz.): Von der Unschuld der unter dem Verdachte der Beihilfe zur Ermordung ihres Mannes verurteilten Frau Hamm sind viele Volksgenossen überzeugt. Die Ansicht der Berliner Polizei, die von der Eberfelder Polizei hinzugezogen wurde, die Frau habe Mordmörder gedungen, beruht lediglich auf der subjektiven Meinung des Kriminalkommissars v. Tressow. Sollen die Geschworenen gewußt, welche zweifelhafte Persönlichkeit v. Tressow schon damals war, so hätten sie ihm kein Wort geglaubt. Das Urteil ist schon vom rein juristischen Standpunkte aus eine Ungeheuerlichkeit. Wegen Beihilfe kann doch nur jemand verurteilt werden, wenn die Natur des Verbrechens selbst einwandfrei festgestellt ist. Hier weiß man doch nicht einmal, ob wirklich ein Mord vorliegt und nicht etwa ein Totschlag oder Körperverletzung mit tödlichem Ausgange. Man weiß nicht einmal, wer der Täter war. Es sind Zeugen aus der damaligen Schwurgerichtsverhandlung vorhanden, die eidlich bekunden wollen, daß Tressow sie zu bewegen versuchte, falsche eidliche Aussagen zu machen. (Hört! hört!) Polizeirat Braun ist in einem 20 Seiten langen Bericht zu dem Ergebnis gekommen, daß die Witwe Hamm unschuldig ist, daß die Strohbast unterbrochen und das Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden muß. Es ist anzunehmen, daß ein knecht Zankampf die Tat vollbracht hat, der dem Zuchthaus entflohen war und sich nach der Tat wieder gestellt hat. Verschiedene Personen haben gravierendes Material gegen diesen Knecht beigebracht. Ein Mithelfer ist offenbar ein Schmiedegessele Kielhorn. Jedenfalls liegt hier für die Täterhaft ganz anderes Belastungsmaterial vor als seinerzeit gegen die Witwe Hamm. Das Verhalten der Eberfelder Gerichtsbehörde ist der eigentliche Grund, daß wir uns mit diesem Falle überhaupt beschäftigen. Es besteht zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Gericht eine Solidarität. Im Handumdrehen ist aus einer Frage der Gerechtigkeit eine Frage des Ansehens und der Autorität der Justiz geworden. Wir sehen davon ab, einen Antrag zu stellen, hoffen aber, daß der Staatssekretär alles tun wird, um das der Frau geschehene Unrecht wieder gut zu machen. (Beifall.)

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Ich habe vor längerer Zeit selber eine Schrift an den Justizminister gerichtet. Auf mein Referat wurde geantwortet, daß keine Veranlassung vorläge, im Dienstaufsichtsweg etwas zu veranlassen. Die Rolle des Kriminalkommissars v. Tressow ist äußerst verhängnisvoll gewesen. Das jetzt vorliegende Material ist wichtig genug, um ein Wiederaufnahmeverfahren zu veranlassen. Möge im Falle Hamm das Wiederaufnahmeverfahren bald eröffnet werden, damit die Gerechtigkeit zum Siege kommt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Heßler (Hörsch. Vpt.): Ich bin mit dem Staatssekretär der Ansicht, daß es nicht Aufgabe des Reichstages sein kann, sich als Gerichtshof aufzutun, aber ich bin nicht seiner Ansicht, daß er keine Veranlassung hat, sich an der Diskussion zu beteiligen. Ein Jurist dieses Hauses, der Abg. Spahn, hat vor Jahren gesagt, wir dürfen uns das Recht nicht nehmen lassen, auch Richtersprüche hier zu erörtern, wenn sie Anlaß geben, das Gesetz zu ändern. Dieser Fall ist eine ernste Anklage gegen das polizeiliche Anklageverfahren, nicht gegen die Rechtspflege. Man fragt sich verwundert, wie auf das Gutachten eines Mannes wie Tressow eine Verurteilung erfolgen konnte. Das Wiederaufnahmeverfahren ist in diesem Falle natürlich und selbstverständlich. Beschlüsse können wir nicht fassen, haben aber das Recht und die Pflicht, auf solche Dinge scharf hinzuweisen und zu zeigen, daß unsere Strafprozessordnung auf dem Gebiete der Wiederaufnahme der Reform bedarf. (Beifall.)

Abg. Schult-Bromberg (Vpt.): Ich muß unter schwerem Bedenken dagegen aussprechen, daß man in ein schwebendes Verfahren eingreift, wie es von dem ersten Redner geschehen ist.

Damit schloß die Diskussion.
Das Gehalt des Staatssekretärs wurde bewilligt.
Es folgte die Abstimmung über die zu diesem Titel gestellten Resolutionen.

Von der Resolution Wasseremann-Schiffer über die Verbesserung einzelner Teile und Bestimmungen des Reichsrechts wird zunächst der erste Vorschlag über die Behandlung der Geisteskrankheit angenommen, die über den Schutz der Ehre, den Schutz der Gläubiger, die über Einrichtung einer Mobiliarhypothek, Einschränkung der Eidesleistung und die Beschleunigung des Verfahrens abgelehnt. Die Abstimmung über die Forderung der Ausdehnung der schöpferischen Zuständigkeit blieb zweifelhaft. Bei der Auszählung wird die Forderung mit 126 gegen 92 Stimmen angenommen. Ebenso wurde angenommen die Zulassung der Volksschullehrer als Schöffen und Geschworene und die Forderung der relationalen Erziehung der

Kinder aus Waisenhäusern, abgelehnt dagegen die Einschränkung des Legalitätsprinzips im Strafprozess.

Weiter wurde abgelehnt die Resolution Wasseremann-Schiffer auf Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend Verschleppung und Vereinfachung der Rechtspflege.

Angenommen wurde die Resolution Warmuth auf Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend Verschleppung der Verfügung über den Miets- oder Pachtzins dem Hypothekengläubiger gegenüber auf das zur Zeit der Verfallnahme laufende Garantieverfahren.

Bei den Ausgaben für das Reichsgericht wurden 94 500 Mark für sechs Reichsanwälte gefordert. Die Kommission beantragte, die eine Reichsanwaltschaft zu streichen. Es lagen dazu je ein Antrag der Konservativen und der Nationalliberalen vor, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Es ergriff das Wort

Abg. Dr. Junk (Natl.): So lange wir diese Behörde haben, müssen wir doch dafür sorgen, daß sie vorrichtsmäßig besetzt ist. (Beifall.)

Die Regierungsvorlage wurde gegen die Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Polen wiederhergestellt.

Der Rest der Ausgaben des Justizetats und die Einnahmen wurden ohne Debatte bewilligt.

Damit ist die Beratung des Justizetats beendet.

Das Haus wandte sich darauf der

Beratung des Marinetatats zu.
Am Bundesratsstische war inzwischen Staatssekretär v. Tirpitz erschienen. Die Diskussion knüpfte an den Ausgabebetitel: Gehalt des Staatssekretärs.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.) berichtete über die Verhandlungen der Kommission, insbesondere über die Verhältnisse der Deckoffiziere und über die Unfälle der Luftschiffe, über die der Staatssekretär in der Kommission befriedigende Aufschlüsse gegeben hatte. Sollte von englischer Seite ein Angebot über Abrüstung kommen, so dürfe dies nach Ansicht der Kommission nicht ohne weiteres zurückgewiesen, sondern es müsse ernstlich geprüft werden. Solange ein festes Angebot nicht gemacht werde, müsse Deutschland an dem Flottengesetz festhalten. Der Antrag, daß Süddeutschland bei den Marinelieferungen erheblicher beteiligt werde, habe der Staatssekretär erfreulicherweise wohlwollende Erwägung zugelegt.

Abg. Kose (Soz.): Über mehr als schöne Worte ist die Diskussion über die Verständigung mit England über die Abrüstung, nicht hinausgekommen. Neu ist im Etat die Forderung für einen Marinestützpunkt in Buenos Aires. Zur Förderung wirtschaftlicher Interessen braucht man keinen Stützpunkt, sondern eine andere Handelspolitik gegenüber Argentinien durch Vereinfachung der zollrechtlichen Bestimmungen über die Fleischimporte. Statt eines Stützpunktes würde ich mit Vergnügen ein halbes Duzend Konfuln oder Sachverständige bewilligen. Es muß darauf geachtet werden, daß die Leute, die im Marinedienst stehen, vor materiellen Sorgen geschützt werden. Welcher Art waren die Beziehungen Brands zum Reichsmarineminister? Daß in der Organisation der Werke etwas faul ist, zeigt der Magdeburger Schmiergeldprozess.

Staatssekretär des Reichsmarineminister v. Tirpitz: Zunächst möchte ich auf die Anregung des Referenten, daß wir die süddeutschen Firmen nach Möglichkeit berücksichtigen möchten, erwidern, daß wir zwischen deutschen Stämmen durchaus keinen Unterschied machen. Natürlich hat das eine Grenze insofern, als z. B. die schwere Eisenindustrie im Westen konzentriert ist. Aber Süddeutschland wird in der Weise berücksichtigt, daß Experten nach Süddeutschland geschickt werden, um in Verbindung mit den Handelskammern und Gewerkschaften zu treten über eine stärkere Beteiligung Süddeutschlands. Vielleicht läßt sich die Sache in der Weise arrangieren, daß Norddeutschland zwei Drittel, Süddeutschland ein Drittel der Lieferungen erhält. Die Verhandlungen haben ständig abgenommen. Im Jahre 1909 kamen auf 10 000 Mann 3,9 Hülle und 1912 nur 3,4 Hülle. Es ist gesagt worden, wir hätten den R. 1 zu frühzeitig nach Belgien geschickt, und die Leute wären nicht genügend ausgebildet gewesen. Das hat sich nach genauer Prüfung als durchaus irrig herausgestellt. Es ist in jeder Beziehung vorzüglich und gewissenhaft verfahren worden, und besonders der Führer galt als ein hervorragender Fachmann. Er ist aber in eine Wetterkatastrophe hereingezogen worden, wie sie zu den großen Ausnahmen gehört. Was den Unfall des R. 2 anberührt, so ist gesagt worden, wir wären mit dem Bau des R. 2 zu rasch vorgegangen und hätten ihn zu sehr vergrößert. Es ist aber immer auf das strikte darauf geachtet worden, daß nie etwas angeordnet worden ist, was die Reppelgesellschaft nicht gebilligt hat. Die Witwen und Waisen der Verunglückten haben aber die höchsten Leistungen bezogen, die es gibt. Es ist festgehalten worden, daß in der Marine weder ein Fall des Verrates militärischer Geheimnisse, noch irgend ein Fall von Verratung oder Ungehorsam gegen einen dienstlichen Befehl gelegentlich der Tätigkeit des Herrn Brand in der Marine vorgekommen ist. Das einzige ist, daß einige Manuskripte von Tirpitz befohlen haben, aber höchstens je 3 Mark. (Hört! hört!) Wir haben die alte Gewohnheit, unsere Schiffe dem Volke in weitestem Maße zugänglich zu machen, das hat sich als sehr nützlich erwiesen, und wir werden daran festhalten. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Erzberger (Ztr.): Soffentlich hat die Marine stets so stilles Fahrwasser, wie dieses parlamentarische Fahrwasser. (Sehr gut!) Für das Verhältnis zu England wäre eine Verständigung über die Rüstungen nicht der Anfang, sondern das Ende. Unsere Diplomatie muß dafür rechtzeitig sorgen, daß die russische Flotte in der Ostsee uns nicht gefährlich wird. Bei uns ist vielmehr geschaffen worden mit dem gleichen Gelde als im Auslande. Bei der Lieferung der Torpedoboote für Argentinien hat Deutschland am besten abgeschlossen. Die in England gebauten Schiffe sind heute noch nicht abgenommen worden. Soffentlich wird auch die Südamerika-Fahrt unserer Schiffe den besten Eindruck hinterlassen trotz der diskreditierenden Äußerung des amerikanischen Oberbefehlshabers vor Manila. Die Marineverwaltung muß dafür sorgen, daß bei ihren Lieferanten kein Wahlerkorrumpment geübt wird. Wir sehen in der Flotte ein Instrument für die Aufrechterhaltung der Weltmachtstellung Deutschlands und damit die beste Bürgschaft für den Weltfrieden. (Beifall.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Sichtlich der Einwirkung auf die Wahlen überschätzt der Redner meine Kraft. Die Biographie des Admirals Dewey wird demnach vollständig erscheinen. Soweit ich unterrichtet bin, wird darin dem Admiral Dietrich und den übrigen deutschen Offizieren hinsichtlich ihrer Haltung vor Manila volle Gerechtigkeit werden.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr vertagt; vorher kurze Anfragen.

Schluß 6¼ Uhr.

Die Deutsche Gesellschaft für Welthandel.

Unter der Beteiligung des „Zentralverbandes deutscher Industrieller“ und des „Bundes der Industriellen“ soll eine „Deutsche Gesellschaft für Welthandel“ gegründet werden, an deren Spitze Generaldirektor Ballin von der Hamburg-

Amerika-Linie treten soll. Diese Nachricht hat die Aufmerksamkeit weiter erregt, da die beiden Industriellenverbände in starkem politischen und wirtschaftlichen Gegensatz stehen, und da nicht gleichzeitig mit der Bildung von dieser Neugründung auch deren Zwecke und Ziele angegeben wurden. Vielleicht mit der Veranlassung, einen solchen Verband ins Leben zu rufen, hat für Generaldirektor Ballin das Verhalten des Deutschen Reiches gegenüber der Weltausstellung von San Francisco gegeben. An dieser beteiligt sich das Deutsche Reich bekanntlich nicht offiziell, weil die im Verband deutscher Industrieller maßgebende Schwerindustrie von vornherein ihre Teilnahme abgelehnt hat. Der Bund der Industriellen dagegen, der hauptsächlich die Fertigungsindustrie umfaßt und der zunächst um seine Meinung gar nicht getragt wurde, war ebenso für die Teilnahme des Deutschen Reiches an der Weltausstellung wie Generaldirektor Ballin, der Leiter der größten deutsch-amerikanischen Schiffsahrtsgesellschaft, die natürlich ein großes Interesse daran hat, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Nordamerika so eng als möglich zu gestalten und ihre eigenen Schiffsahrtlinien durch den neuen Panamakanal auch nach der Bestätigung des amerikanischen Kontinentes auszuweiten. Man kann also annehmen, daß für Generaldirektor Ballin bei der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Welthandel in erster Linie maßgebend war, eine bessere Verständigung der beiden großen Organisationen der deutschen Industrie für zukünftige Fälle herbeizuführen.

Der Zweck der neuen Gründung soll die Erleichterung des gegenseitigen Warenaustausches sein, ein Ziel, das aber natürlich nur erreicht werden kann, wenn ihm nicht unübersteigbare Zollgrenzen gegenüberstehen. Für seinen Teil erklärt der Bund der Industriellen, daß er seine handelspolitische Unabhängigkeit in jeder Beziehung wahren und der neuen Gesellschaft nur dann seine Unterstützung leisten könne, wenn sie sich von der Behandlung zollpolitischer Fragen völlig fernhalte. Es werde auch eine darauf hinstrebende Bestimmung ausdrücklich in die Satzungen der Gesellschaft aufgenommen werden. Die Aufgabe der Gesellschaft werde lediglich sein: wirtschaftliche und wissenschaftliche Betätigung durch das Studium der ausländischen Wirtschaftsverhältnisse und durch die Bekämpfung deutschfeindlicher Strömungen in der ausländischen Presse, sowie Unterstützung kultureller Bestrebungen, die letzten Endes der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands zugutekommen. Auf keinen Fall aber werde die Deutsche Gesellschaft für Welthandel den Bund der Industriellen eine Annäherung an das „Kartell der schaffenden Stände“ und eine Abschwächung seines wirtschaftspolitischen Programms bedeuten. Da am 26. Februar die Gründung der Deutschen Gesellschaft für Welthandel erfolgen soll, wird man bald sehen, welche Tendenzen sie verfolgen wird.

Die Sonntagseruhe.

In der Sonntagseruhekommission des Reichstages begründete ein Sozialdemokrat einen Antrag, das Verbot der Sonntagseruhe bis auf Städte mit 10 000 Einwohnern herunter einzuführen. Es sei unbegreiflich, warum sich das Zentrum auf die hohe Grenze von 75 000 Einwohnern einlasse. Ein anderer Sozialdemokrat wies auf Unterärthigkeit hin, das bei 32 000 Einwohnern aus eigenem Antrieb vollkommene Sonntagseruhe eingeführt habe. Ein weiterer angehöriges Mitglied ist ebenfalls für die Grenze von 10 000 Einwohnern. Fortschrittlicher und Zentrumsmittler widerprechen dem sozialdemokratischen Antrag. Ein Nationalliberaler bedauert, daß sich keine Einigung auf dem Boden der Regierungsvorlage habe erzielen lassen. Seine Freunde hätten sich für die Grenze von 75 000 Einwohnern entschieden, um endlich einmal weiterzukommen, sie seien sich aber der Schwierigkeiten jeder Differenzierung wohl bewußt. Vor der zweiten Lesung solle man daher noch die Interessenten zu Worte kommen lassen. Der Antrag der Sozialdemokraten wurde mit 11 gegen 17 Stimmen abgelehnt, ebenso zwei Eventualanträge dieser Partei. Der Antrag, die Grenze auf 75 000 Einwohner festzusetzen, wurde mit 18 gegen 11 Stimmen angenommen.

Weiter wurde besprochen ein Antrag des Zentrums und der Konservativen, der für Städte über 75 000 Einwohner unter gewissen Bedingungen eine Veranlassung von zwei Stunden zulassen will. Der Antrag wurde mit Rücksicht auf die kleinen Gewerbetreibenden begründet. Als Kautzler sei vorgesehen, daß den betreffenden Handlungsgeschäften an einem Wochentage ein freier Nachmittag zu gewährt sei. Außerdem müsse der Antrag auf Zulassung der zweistündigen Sonntagseruhe von einem Drittel der beteiligten Geschäftsinhaber gestellt werden. Ein Zentrumsmitglied fordert die Zustimmung von Zweidritteln der Geschäftsinhaber. Fortschrittler, Sozialdemokraten und Nationalliberaler erklärten sich gegen diese Anträge. Sie wurden abgelehnt.

Berlin, 19. Febr. Der Landrat des Kreises Prenzlau, Friedrich von Walltahn, ist zum Oberpräsidenten in Potsdam als Nachfolger des Grafen von Adern ernannt worden.

München, 19. Febr. Die sozialdemokratische Parteileitung hat auf die Vorstellung der Berliner Zentralkommission abgelehnt, die für das Parteiorgan „Münchener Post“ ab 1. April eingeführte Abonnenterversicherung zurückzunehmen.

Breslau, 19. Febr. Die Stadtverordneten haben in ihrer heutigen Sitzung einstimmig die Aufnahme einer städtischen Anleihe von über 70 Millionen Mark zum Bau eines zweiten Hohendens und ferner zur Vergrößerung der Gas- und Elektrizitätswerke und der Friedhofsanlagen nebst dem Bau eines Krematoriums genehmigt.

Strasbourg, 19. Febr. Die Zweite Kammer beschäftigte sich heute Nachmittag mit der Saar- und Mosellanalysation. Die Lothringer wünschen in einer Resolution die Kanalisierung der Mosel von Metz bis Diedenhofen, das Zentrum, die Saar- und Mosellanalysation von Konz bis Saargemünd bezw. von Metz bis Koblenz. Alle Redner beklagten den abnehmenden Standpunkt des preussischen Ministers der öffentlichen Arbeiten, von Breitenbach. Staatssekretär Gray Adern erwiderte, indem er die Bedeutung der Mosellanalysation für Elsaß-Lothringen anerkannte. Er vertrete dieselbe Forderung wie die frühere Regierung, deren Arbeiten fortgesetzt würden. Von der Tarifermäßigung auf Koks und Erze entfielen auf Lothringen und Luxemburg insgesamt 20 Proz. Bei erfolgter Kanalisierung würde die Ermäßigung 60 Proz. für Koks und 80 Proz. für Erze betragen.

Ausland.

Paris, 18. Febr. Am Eiffelturm wurden gestern Versuche mit Brandpfeilen vorgenommen, die den Flugzeugen als Fernschußwaffe gegen feindliche Luftballons dienen sollen. Die Pfeile sind 40 Zentimeter lang und 8 Zentimeter breit. Sie bestehen aus Stahl und sind mit einer Art von Schraubenspitze ausgerüstet. Im Innern be-

findet sich Benzol. Die mit Strohbündeln gemachte Versuchung gelang. Der Erfinder hat den Namen Guerre.

Württemberg.

Diennachrichten.

Der König hat den Oberbürgermeister Eiserl, Vorstand des Bürgervereins Rüdiger, seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt und ihm bei diesem Anlaß das Ritterkreuz des Ordens der Württembergischen Krone verliehen. Im Vollmachtsnamen des Königs hat das K. Staatsministerium den Amtsrichter Stüblinger in Ulm zum Landrichter daselbst ernannt, den Gerichtsnotar Oberdorfer in Widdach seinem Ansuchen gemäß an das Bezirksnotariat Ulm versetzt, den Amtsgerichtsfelderer Schauffler, Notarhilfsarbeiter in Schömberg, zum Bezirksnotar in Großheppach, den Amtsgerichtsfelderer Häfeler, Notariatshilfsarbeiter in Heiterbach, zum Bezirksnotar von Eßlingen, den Notariatsassistenten Kaiser in Stuttgart zum Amtsgerichtsfelderer in Ludwigsburg ernannt, den Landgerichtsfelderer in Oberkochen v. Hoffler in Stuttgart seinem Ansuchen gemäß auf den 1. April ds. Js. in den Ruhestand versetzt und dem Landgerichtsfelderer Kähler in Stuttgart die nachgesuchte Entlassung aus dem Staatsdienst erteilt.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Stuttgart, 19. Febr.

Präsident v. Kraut eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Am Regierungstisch sitz Minister des Innern und Finanzminister v. Geßler erschienen. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung eines Beschlusses über die Besteuerung der Gemeinden und Körperschaften. Vizepräsident Dr. v. Kiene und Gen. (Z.) bringen unter Zurückziehung ihres Antrags folgenden Antrag ein: Die Gemeindefiskussteuer ist in Prozenten der Einheitsätze der staatlichen Einkommensteuer zu setzen. Ihre zulässige Höhe beträgt das zehnfache des Prozentsatzes, in welchem das Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer über zwei Prozent hinaus zur Gemeindeumlage herangezogen wird. Werden die Kataster über sieben Prozent hinaus herangezogen, so ermäßigt sich die Steigerung auf das fünffache des übersteigenden Prozentsatzes. Die Höhe darf jedoch fünfundsiebzig Prozent der Einheitsätze nicht übersteigen.

Abg. Schaible (Bk.) will durch Einbringen eines Antrags im Wesentlichen statt 10 das 12 1/2fache und statt 75 Proz. 75 Proz. setzen.

Abg. Hiller (Bk.): Das Kleingewerbe steht sozial und wirtschaftlich nicht ein Jota besser als der Einkommensteuerpflichtige mit einem ähnlichen Einkommen. Es liegen hier Verhältnisse vor, die einer gerechten Steuerverteilung nicht entsprechen. Die Sache wird noch schlimmer, wenn der Gewerbetreibende noch ein mit Hypothek belastetes Haus besitzt. Es kommt oft vor, daß bis zu 25 Prozent des Jahres Einkommens an Steuern bezahlt werden muß. Es ist auch richtig, daß man das Kapital nicht in größerer Maße zur Gewerbesteuer heranzieht. Die Kapitalsteuer kann ganz gut erhöht werden, ohne daß gleich eine Auswanderung der Kapitalisten befürchtet werden müßte. Ich bitte daher, dem Antrag Schaible zuzustimmen.

Abg. Maier (N.): Ich bin der Meinung, daß das Existenzminimum um wenige hundert Mark erhöht werden soll, aber nicht jetzt, sondern erst bei der allgemeinen Steuerreform. Dem Antrag Lindemann kann ich nicht zustimmen. Ich werde mit einigen wenigen meiner Freunde gegen das Existenzminimum stimmen.

Abg. Keil (S.): Die Fortsetzung der allgemeinen Steuerreform können wir längst haben, wenn die Regierung nicht so langsam wäre. Mit unseren Anträgen auf Beschleunigung der Sache sind wir von der Mehrheit des Hauses bedauerlicherweise jedesmal im Stich gelassen worden. Je größer der Steuerbetrag sein wird, der durch den Generalbardon vorschreitet, umso dringender ergibt sich die Konsequenz, bei der Steuerreform Rücksicht zu nehmen auf die Widermittelten, die den Staat um keine Steuerbeiträge gebracht haben, und umso schärfer zuzufassen bei denen, die bisher dem Staat so viel Geld entzogen haben. Die Erfordernisse für das Reich sind in den letzten Jahren so gestiegen, daß wir, wenn wir das, was wir für Reichszwecke ausgeben, für staatliche Land- und Gemeindefürsorge aufwenden würden, eine gute Einnahmequelle hätten. Die Ansprüche des Reiches laugen das Land ungeheuerlich aus. Der Staat muß die Mittel, die zur Erfüllung der Schulaufgaben notwendig sind, selbst beschaffen. Wenn es darauf ankommt, einen Schutz für die Schwachen zu erzielen, dann lassen uns gerade die Hände auf der äußersten Rechten im Stich. Wir wollen die völlige Befreiung der staatlichen Vermögenssteuer. Die staatliche Steuererhebung muß auf der Grundlage der Zahlungsfähigkeit aufgebaut werden, und zwar nach unten, durch Schonung des wirtschaftlich Schwachen, nach oben, durch stärkere Heranziehung des Kapitals. Die Steuerreform muß so gestaltet werden, daß die Gemeinden die Belastung der Angehörigen nach ihren eigenen Bedürfnissen vornehmen. Das vorliegende Gesetz bringt in dieser Richtung keinen Fortschritt. Wir ziehen die automatische Progression des Satzes bis zu 75 Proz. ohne ministerielle Genehmigung bei Schonung der kleinen Einkommen vor. Wir fürchten den einschneidenden Druck auf die Gemeinden von Seiten des Staates. Im Interesse des Kleinbauern und des gewerblichen Mittelstandes, der zugegebenermaßen in kümmerlichen Verhältnissen ist, ist die Annahme unseres Antrags dringend geboten. Wir muß das im Volk draußen für eine Wirkung auslösen, um Minister, wenn die Regierung hier mit derselben Beharrlichkeit, mit der sie sich für die Zivilisten ausgesprochen hat, jedes kleinste finanzielle Entgegenkommen für die Arbeiter ablehnt und sich gegen die geringste Schonung der kleinen Steuerzahler wehrt. Die württembergische Regierung bleibt in den Bestrebungen auf sozialem Gebiet hinter den süddeutschen Staaten, ja sogar hinter Preußen, zurück. Die Annahme unseres Antrags ist eine moralische Pflicht des Hauses.

Abg. Sommer (Z.): Für die kleineren Landgemeinden wird durch das vorliegende Gesetz wenig herauskommen, wenn man nur mit einer durchgreifenden Steuerreform Erleichterung verschafft werden. Die Landwirte haben neben der hohen Steuern große Versicherungsbeiträge, hohe Löhne, Schulzinsen usw. zu entrichten. Ich möchte den Antrag des Zentrums zur Annahme empfehlen, der sozialdemokratische Antrag geht uns zu weit.

Minister v. Fleischhauer: Die Frage der Steuerreform bietet ein dankbares Thema und findet in weiten Kreisen den Beifall. Ich glaube, daß der Regierung nicht ein guter Willen fehlt, an eine allgemeine Steuerreform heranzutreten, wenn die Zeit der Lösung gekommen ist. Der Abg. Keil hat das Gesetz ein winziges Notgesetz genannt, es hat aber dabei übersehen, daß er mit seinem Schlagwort die Regierung, sondern das Haus getroffen hat, denn die Vorlage entspricht einem Wunsche des Hauses selbst.

Wenn die Regierung den Wünschen entspricht, kann man ihr doch keinen Vorwurf machen. Der Abg. Keil hat von der Notwendigkeit eines sozialen Willens gesprochen, ich glaube, daß er damit einen sozialdemokratischen Willen meint. (Weiterleit.) Ich habe über die Frage der Schonung der kleinen Steuerzahler nicht gesprochen, vielmehr darauf hingewiesen, daß es nicht angängig ist, aus Anlaß eines Notgesetzes ein allgemeines Prinzip zu schaffen. Wenn die Regierung mit ihrer Vorlage etwas Erreichbares schaffen soll, muß sie auch Rücksicht auf das andere Haus nehmen. Ich habe bei den Ausführungen des Abg. Hiller den Eindruck gehabt, als ob er mehr für die Interessen der Stadt Stuttgart gesprochen hätte.

Abg. Dr. Lindemann und Gen. (S.) beantragen zu dem Ausschuhentwurf, der verarbeitete und verwitwete Steuerpflichtige mit einem Einkommen von 950 Mark von dem Zuschlag freilassen will: „Das gleiche gilt für andere Steuerpflichtige, die kraft Gesetzes zur Unterhaltung mittel- oder höherer Angehöriger verpflichtet sind und deren Einkommen den gleichen Betrag nicht überschreitet; bei den letzteren tritt die Freilassung nur auf Antrag ein.“

Abg. Seifried (Bk.): Mit einer Erhöhung der Einkommensteuer in diesen kleinen Gemeinden nicht gebiet.

Abg. Liesching (Sp.): Der Antrag Hiller, der die Konsequenz in sich schließt, daß man auf 100 Prozent Zuschlag ausweichen sollte, ist für die Stuttgarter Verhältnisse ungeschwommen. Ich kann mich nicht entschließen, das Wahrum schon bei 8 Prozent eintreten zu lassen, vielmehr erst bei 10 Prozent. Der Ausschuhentwurf erscheint uns praktischer als der vom Abg. Lindemann eingebrachte Antrag. Den Antrag Hiller muß ich ablehnen.

Finanzminister v. Geßler: Ich bin nicht in der Lage, die Neugierde des Abg. Keil wegen der Vorschläge der neuen Steuerreform zu befriedigen. Es ist nicht möglich, jetzt positive Vorschläge zu machen, solange das Ergebnis des Beibratens noch nicht feststeht und noch nicht eine vollständige Uebersicht über die Gesamtmenge des in Württemberg vorhandenen Vermögens existiert. Tagegen wird durch die Verhandlung des Beibratens ein wirklich erschöpfendes Einblick in die Vermögensverhältnisse gewonnen werden. Ich habe mich nicht gegen eine Erhöhung des Existenzminimums ausgesprochen. Diese Frage wird eine besonders wichtige Rolle bei der allgemeinen Steuerreform spielen. Das Existenzminimum ist bei der Staatssteuer gerechter durchzuführen als bei der Gemeindesteuer. Ein Existenzminimum von 1250 Mark erscheint wohl auch für unsere staatlichen Einkommensteuerverhältnisse zu hoch, weil dadurch zu große Verluste an Einnahmen entstehen. Ich möchte der Behauptung entgegenstellen, daß bei uns das Kapital im Verhältnis zu den anderen Staaten schonender behandelt wird. Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Keil (N.), Stübhel (Bk.) und Lindemann (S.) kommt man zur Abstimmung: Der eingangs erwähnte Antrag Schaible (Bk.) wird gegen die Stimmen des Bauernbundes und der Antrag Kiene (Z.) mit den Stimmen der Volkspartei, Sozialdemokraten und Nationalliberalen abgelehnt, der Ausschuhentwurf (75 Proz.) einstimmig angenommen. Darauf wird der Antrag und Zusatzantrag Lindemann (S.) (statt 950 zu setzen 1250 Mark) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und der Ausschuhentwurf (950 Mark) in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 19 Stimmen angenommen, wobei der Bauernbund, die nationalliberalen Abgg. Maier und Schmid-Besigheim dagegen stimmen. Die Eingaben, die dazu gemacht sind, werden als erledigt erklärt.

Ran kommt in der Beratung zu Art. 2 des Entwurfs, betr. Hundesteuer. Der Entwurf sieht eine untere Grenze von 10 Mark und eine Höchstgrenze von 25 Mark vor. Der Ausschuh beantragt die untere Grenze von 8 Mark beizubehalten. Die Abgg. von Kiene und Gen. beantragen: Findet eine Umlage auf Grundeigentum, Gebäude und Gewerbe statt, so kann durch das Ministerium des Innern die Erhöhung der Abgabe bis zum Betrag von 30 Mark für einen Hund, in großen und mittleren Städten für jeden weiteren Hund desselben Steuerpflichtigen bis zum Betrag von 40 Mark genehmigt werden. Eine Ausnahme kann für Hundezüchter zugelassen werden. In diesem Antrag beantragen die Abg. Liesching (Sp.) und Gen., nur für gewerbmäßige Hundezüchter eine Ausnahme zu gestatten. Hatten (Sp.) beantragt, in dem Antrag von Kiene die Worte „in großen und mittleren Städten“ zu streichen. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses sowie der Antrag des Zentrums mit Jauch angenommen. Die Schlussabstimmung über den Entwurf wird vertagt.

Schluss der Sitzung halb 2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 Uhr. Schlussabstimmung, Anfrage der Abg. Schmidberger und Gen. betr. Befreiung der Sammelmolkereien vom Erziehungszwang etc.

Stuttgart, 19. Febr. Auf die Anfrage des Abg. Haag über die Bekämpfung der Amfelsplage hat der Minister des Innern folgende Antwort erteilt: Die Ministerien des Innern und der Finanzen sind zurzeit mit Änderungen der gemeinschaftlichen Verfügung betr. den Schutz von Vögeln vom 27. 2. 09 befaßt. Unter den Änderungen ist auch eine Bestimmung vorgesehen, die eine Abwehr des den Weinbergen und Obstgärten von der Schwarzdroffel (Amel) drohenden Schadens ermöglichen soll. Es wird darauf Bedacht genommen werden, daß die zu erlassende Verfügung rechtzeitig vor Beginn der Reise der durch den Amfelschaden bedrohten Früchte veröffentlicht wird.

Teerung von Staatsstraßen.

Mit der Oberflächenteerung von Staatsstraßen werden im Laufe des Sommers von der Kgl. Straßenbauverwaltung umfangreiche Versuche ausgeführt werden. Man wird auf Staatsstraßen mit mittlerem und kleinerem Verkehr zu Zeiten vollständiger Austrocknung und Durchwärmung der Chauffierung Versuche mit der Oberflächenteerung unternehmen, die sich auf eine Straßenfläche von rund 20000 Quadratmeter erstrecken sollen. Voraussetzungen sind jedoch, daß die Gemeinden den hierzu erforderlichen desillierten Gestein zur Verfügung stellen oder die Kosten der Beschaffung des Teers (etwa 10 Bg. für 1 Quadratmeter) übernehmen. Die Stellung und Unterhaltung der Geräte, sowie die erforderliche Handarbeit und die Sandelung der betroffenen Flächen (auch etwa 10 Bg. für 1 Quadratmeter) übernimmt die Straßenbauverwaltung, die sich überdies auch zur Teerung von Ertragsstraßen bereit erklärt hat, doch müßten die Kosten dieser Teerung von den Gemeinden ganz getragen werden.

Stuttgart, 19. Febr. Das bisherige Komitee für das Freilichttheater im Vopferwald hat sich nach erfolgter Rechnungsablage, die trotz der überaus ungünstigen Verhältnisse des letzten Sommers durch namhafte Zuwendungen der Stadtverwaltung und der Fremdenverkehrsvereinigungen sich recht befriedigend gestaltet hat, in seiner letzten Versammlung aufgelöst. Nun hat ein engerer Ausschuh die Frage der Weiterführung des Unternehmens in die Hand genommen. Als Ergebnis der Verhandlungen ist ein

Verein „Freilichttheater im Vopferwald e. V.“ in der Bildung begriffen, der das Unternehmen auf gemeinschaftlicher Grundlage in der bisherigen Weise fortführen soll. Der Jahresbeitrag ist auf 10 Mark vorgegeben; für die Vereinsmitglieder sind besondere Vergünstigungen beim Kartenbezug vorgesehen. Die Gründungsversammlung soll demnächst stattfinden. Geplant ist die Ausgabe derjenigen Anteilsscheine zu je 100 M für einen Baukostenfond.

Stuttgart, 15. Febr. Im Flaschner- und Installationsgewerbe steht ein Tarifkampf bevor. Die Gewerkschaft der Arbeiter hat den Meistern den Tarif gekündigt.

Stuttgart, 20. Febr. Spielplan der K. Hoftheater: Großes Haus: Sonntag 22. Febr.: Aida (7), Montag 23. Febr.: Die Reise um die Erde in 80 Tagen (7), Mittwoch 25. Febr.: Wilhelm Tell (7), Donnerstag 26. Febr.: Galavorstellung zur Feier des Geburtstags S. M. des Königs: Aida (7 1/2), Freitag 27. Febr.: Der Freischütz (8), Samstag 28. Febr.: Das Rheingold (8), Sonntag 1. März: Die Walküre (6), Kleines Haus: 22. Febr. vorm.: 6. musikal. Morgenunterhaltung: W. A. Mozart (11 1/4), abends: Pygmalion (7), 23. Febr.: Das Glöckchen des Eremiten (8), 24. Febr.: Wien (8), 26. Febr.: Im weißen Rössl. Als ich wieder kam (8), 27. Febr.: Öffentliche Vorstellung der Schüler von Oskar Hofmeister (8), 28. Febr.: Das kleine Café (8), 1. März: Maria Stuart (7), 2. Febr.: Pygmalion (8).

Stuttgart, 19. Febr. Ein seit 20 Jahren in einer großen hiesigen Fabrik angestellter 40 Jahre alter lediger Buchhalter ist unter der Beschuldigung, größere Unterschlagungen begangen zu haben, verhaftet worden.

Göppingen, 19. Febr. Die wegen des Anschlusses der Deutschen Turnerschaft an den Jungdeutschlandbund aus dem Turnkreis Schwaben ausgetretenen Turnvereine, die sich 1. Bt. in Cannstatt zu einem Schwäbischen Turn- und Spielverband zusammenschlossen, sind jetzt 51 Vereine mit 5259 Angehörigen stark. Sie hielten dieser Tage in Rebenhausen (N. Göppingen) einen Verbandsturntag ab und beschloßen, das diesjährige Verbandstreffen in Kornwestheim abzuhalten.

Friedrichshafen, 19. Febr. 35 Bewerber hatten sich für die neuerrichtete zweite Stadtbaumeisterstelle mit einem Gehalt von 3000 bis 4500 M gemeldet. Gewählt wurde Stadtbaumeister Karl Raucher in Saulgau.

Nah und Fern.

Mord- und Selbstmordversuch.

In Stuttgart brachte ein 26 Jahre alter Monteur seiner Geliebten, einer 21 Jahre alten Kellnerin, in deren Wohnung in der Ludwigsstraße nach vorangegangener Streitigkeiten zwei Revolverkugeln in den Kopf. Der Täter schoß sich sodann ebenfalls zweimal in den Kopf. Beide wurden schwerverletzt ins Katharinenhospital verbracht.

Zu dem noch weiter berichtet: Es handelt sich um die 21 Jahre alte Kellnerin Sophie Hiller und den 27 Jahre alten Mechaniker Theodor Kleinnecht. Letzterer stammt aus Pöppelweiler O. Ludwigsburg. Er hatte, als er das noch im vorigen Sommer in Freudenstadt beschäftigte Mädchen gegen Weihnachten kennen lernte, die Arbeit aufgegeben und sich von ihr aushalten lassen. Nun suchte die Hiller das Verhältnis zu lösen und nahm in Ulm wieder eine Stellung an, mußte sie aber aufgeben, weil Kleinnecht ihr nachreiste und sie fortgesetzt belästigte. Da das Mädchen in Freudenstadt wieder in Stellung gehen wollte, suchte sie das Verhältnis endgültig zu lösen. Darüber kam es schon in einer Speisewirtschaft Ecke Senefelder- und Gutenbergstraße zu einer Szene, wobei Kleinnecht mit dem Revolver drohte. Mittwoch wollte die Hiller aus der Kleinnechtschen Wohnung in der Ludwigsstraße noch einige Sachen holen. Sie erhielt zuerst einen Schlag, dann zwei Schüsse in den Kopf, hatte aber die Kraft, in die genannte Speisewirtschaft zu fliehen, wo sie zusammenbrach. Kleinnecht legte sich aufs Sofa und schoß sich in beide Schläfen. Man hofft im Katharinenhospital alle beide am Leben zu erhalten.

Die Plakatsäule als Verlobungsanzeige.

Beinahe amerikanisch mutet ein Plakat an, das gegenwärtig an den Stuttgarter Plakatsäulen zu sehen ist. Dasselbe ist ungefähr 1 Meter groß, karminrot mit schwarzem Rand und enthält folgenden Text: Troß Widerstands ihrer Eltern empfehlen sich als Verlobte

Ernde Hoppe
Adolf Mayer
Postlektorant.

Schüler als Sacharinsmuggler.

Zu Konstanz sind in den letzten Tagen mehrere junge Leute, darunter Besucher der Technischen und der Oberrealschule, unter der Beschuldigung verhaftet worden, an einem umfangreichen Sacharinsmuggel schon seit längerer Zeit beteiligt zu sein. Unter den Verhafteten befindet sich auch ein Oberprimaner.

Kleine Nachrichten.

Ein gefährlicher Dieb, der 1891 in Nürnberg geboren, Spengler Johann Kenter, der wegen Diebstahlsversuchs verhaftet war, ist auf dem Transport von Augsburg nach Stuttgart in R. M. entwichen. Er ist von mittlerer Größe und besitzt als besonderes Kennzeichen an beiden Armen zahlreiche Tätowierungen.

Im Walde bei Willmandingen O. Reutlingen wurde der Polizeiwächter von Göttingen erschossen ausgefunden. Es soll ein Unglücksfall oder Selbstmord in Frage kommen, da der Revolver bei der Leiche gefunden worden ist.

Im Schwarzwald und in den Vogesen herrsche gestern ein harter Schneesturm. Das Thermometer sank auf dem Feldberg und Belchen bis sieben Grad unter Null. Der Schnee liegt zehn bis fünfzehn Zentimeter hoch.

Aus der Seine in Paris wurde die Leiche eines etwa 40 Jahre alten Mannes gezogen, in dessen Kleidern auf den Namen Anton Brühl aus Buchsweiler im Elsaß lautende Papiere gefunden wurden. Die Leiche trug am Hals zwei von Messerfischen herrührende Wunden, die mit einem Verband bedeckt waren.

Gerichtssaal.

Ulm, 19. Febr. Von der Anlage der fahrlässigen Tötung wurden von der Strafkammer die Beamten der Redarwerke: Elektromonteur Budnik, Oberingenieur Klaus, Elektriker Raus und Betriebsinspektor Pfaff, sämtlich von Eßlingen, freigesprochen. Sie waren beschuldigt, durch Ausschaltung der nötig erscheinenden Vorrichtung verschuldet zu haben, daß am 23. Juni v. J. der 17 Jahre alte Sattler Renz von Ochsenwang durch Verührung mit der hochgespannten Leitung auf Wartung Sähen den Tod fand. Wie Renz an die Leitung kam, ist nicht zu ermitteln gewesen, es wird angenommen, daß er sich an dem Beranlagerungsdraht eines Mastes zu schaffen gemacht hatte. Die Sachverständigen führten aus, daß das Unglück sich hätte ereignen können, auch wenn der Mast neu gewesen wäre.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Wildbad, 21. Februar. Herrn Sanitätsrat Dr. **Sauermann** von hier wurde die Erlaubnis zur Annahme und Anlegung des ihm von dem Herzog von Sachsen-Altenburg verliehenen Ritterkreuzes 1. Kl. des Herzoglich Sachsen-Ernestinischen Hausordens erteilt. — Herr **Cucumus**, Oberleut. im 8. Inf.-Reg. Nr. 126, wird in Genehmigung seines Abschiedsgesuches mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt und zum Bezirksoffizier beim Landwehrbezirk Calw ernannt.

Wildbad, 21. Februar. Lichtspiel-Theater. Ein vorzügliches und vielseitiges Programm gelangt am morgigen Sonntag im Gasthaus „Zur alten Linde“ zur Vorführung. Neben Naturaufnahmen, herrlichen Komödien enthält das Programm drei Dramas, sodaß selbst der vorwähnteste Geschmack befriedigt werden kann. Bei dieser ungünstigen Witterung ist auch zugleich das Lichtspiel-Theater der angenehmste Aufenthalt für Alt und Jung und können wir einen Besuch nur aufs wärmste empfehlen.

Wildbad, 21. Febr. Hr. Postmeister Müller verläßt heute unsere Stadt, um seinen neuen Wirkungskreis in Welsheim anzutreten und wünschen wir ihm bei seinem Scheiden von hier ferneres Glück und Wohlergehen.

Wildbad, 21. Februar. Einbruch. Donnerstag abend zwischen 7 und 1/2 11 Uhr wurde in der Villa Augusta ein Einbruch verübt. Der Täter, welcher in der Villa bekannt sein muß, drückte das Abortfenster ein und gelangte so in das Wohnzimmer, welches parterre liegt. Aus einer Schatulle entnahm derselbe 58 M. u. a. befinden sich bei dem entwendeten Gelde 2 Goldstücke a 10 M. mit dem Bildnis Kaiser Friedrichs, welches ev. zur Ermittlung des Täters beitragen kann.

Beste Nachrichten.

Bremen, 21. Febr. Der Dampfer „Forelle“ der Reederei Heinemann, der vor 2 Monaten zur Ausreise nach Island in See ging, ist mit seiner gesamten Besatzung von 13 Mann gesunken.

Burg, 21. Febr. Bei der gestrigen Reichstagswahl wurde der Konf. Schiele mit 1375 St. Mehrheit gewählt.

Wildbad.

Freiwillige Grundstücksversteigerung.

Auf Antrag der **Jacob Heinrich Krauß**, Holzbauers Eheleute Erben kommen die Grundstücke:

Geb. No. A. 62 Wohnhaus in der Rathausgasse
B. N. 28 a 11 qm Acker im St. 365. u. 366. 58 a 52 qm Wiese in der Rennbach

am nächsten Montag, den 23. d. Mts., vormittags 11 Uhr, auf der hiesigen Notariatskanzlei wiederholt zur Versteigerung.

Den 20. Februar 1914.

Gerichtsnotar Oberdorfer.

Lichtspiel-Theater

im Gasthof zur alten Linde

Sonntag, den 22. Februar 1914
abends 7/8 Uhr: für Kinder
abends 8 Uhr: für Erwachsene

Bathe-Journal
Neuester Bericht.

Ein Liebesidyll in Mexiko
Herrliche Komödie.

Der Sieg des Herzens
Drama.

Die Fischotter
Naturaufnahme.

Almas Erbschaft
Komisch.

In der Wildnis
Drama.

Willy und seine Schwester
Komisch.

Die rechte Wahl
Drama.

Ev. Arbeiter-Verein.

Sonntag, den 22. ds. Mts., mittags 1/2 3 Uhr

Berammlung im Schwarzwald-Hotel.

Vortrag des Herrn Sekretär **Pfeffer** Stuttgart über die

Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Hierzu ist jedermann freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Meseritz, 21. Febr. Der Prozeß gegen den früheren Reichstagsabgeordneten **Grafen Mielczynski**, der in der Nacht zum 20. Dezbr. v. J. seine Frau und deren Neffen durch zwei selbständige Handlungen vorzüglich tödete, begann gestern vor dem hiesigen Schwurgericht. Für die Dauer des ganzen Prozesses wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil wird voraussichtlich heute gefällt.

London, 20. Febr. Bei einer Explosion in der Dynamitfabrik **Nobel** in Ardeer bei Glasgow sind 7 Personen getötet und 2 verletzt worden. Der Knall muß 40 Meilen weit hörbar gewesen sein.

Frankfurt a. M., 21. Febr. In dem städtischen Elektrizitätswerk explodierete gestern Nachmittag eine neue Dampfturbine, die ausprobiert werden sollte, wobei 4 Personen verletzt wurden.

Dr. Thompson's Seifenpulver



bestes, im Gebrauch billigstes und bequemstes

Waschmittel

Garantiert frei von schädlichen Bestandteilen

1/2 Pfund-Paket 15 Pf.



Steckenpferd-Seife
die beste Lilienmilch-Seife

von **Bergmann & Co., Kadebeul**, für zarte, weiße Haut und blendend schönen Teint, a Stück 50 Pfg. Überall zu haben.

Frankfurt, 21. Febr. Die sozialdemokratische Führerin **Rosa Luxemburg** hatte sich gestern wegen Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz (§§ 110 und 111 des Reichsgesetzbuches) vor der Strafkammer zu verantworten und lautete das Urteil auf 1 Jahr Gefängnis



Der beste Zusatz zum Bohnenkaffee ist **Kathreiners Malzkaffee**. Je mehr Malzkaffee man zusetzt, umso bekömmlicher wird das Getränk. **Der Gehalt macht's.**

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad, Inb.: E. Reinhardt. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst.

Musik-Verein Wildbad.

Am Fastnachtabend, den 24. Februar abends von 7 Uhr ab

findet im **Gasth. z. „alten Linde“** ein



karnevalistischer **Kappen-Abend** mit Tanzunterhaltung

Gasthaus „Zum Anker“.

Heute Samstag **Metzelsuppe**

Metzelsuppe mit Ketterertrumpf-Bier wozu höflichst einladet **P. Jantz.**

Gasthof Klein-Enzhoß

Sonntag und Sonntag **Metzelsuppe** wozu höflichst einladet **Fr. Barter**

Kathol. Gottesdienst.

Sonntag, den 22. Februar. 9 Uhr Amt u. Predigt. 1/2 Uhr Christenlehre und Andacht. An den Werktagen: 7 1/2 Uhr heil. Messe. Donnerstag, den 26. Februar. 8 Uhr: Königsamt. Bericht: Samstag früh und nachmittags von 4 Uhr an. Kommunion: Sonntag früh 7 1/2 Uhr, an den übrigen Tagen bei der hl. Messe.

Alle im Jahre **1895** Geborenen werden zu einem **Ausflug nach Herrenalb** am Sonntag, 22. Februar freundlichst eingeladen. Abgang mittags 1 Uhr vom Hotel **Palmengarten** aus. **Mehrere 1895.**

Empfehle ein Sortiment **Hauskleider** von M. 7.90 bis M. 15.— In **Spitzenkragen** große Auswahl. **Helene Schanz** Damenkonfektion. — Telefon 130. —

Pr. Dörrfleisch per Pfund 1.05 M. **Frankfurter Würstchen** 3 Paar 75 Pfg **Salberstädter Würstchen** 1 Paar 15 Pfg. empfiehlt **Pfannkuch u. Co.**

Lehrlings-Gesuch. Ein kräftiger Junge, welcher Lust hat das Installations- und Blechhandwerk gründlich zu erlernen, wird unter günstigen Bedingungen angenommen. Langemann und Schmel, Pforzheim. Zu erfragen bei **S. Kraus**, Käferei, Hauptstraße 94.

Freibank. Von morgen früh 8 Uhr ab ist gutes **Schweinefleisch** zu haben, das Pfund zu 75 Pf.

Eine Wohnung bestehend in 2 Zimmern samt Zubehör wird bis 1. April zu mieten gesucht. Zu erfragen in der Exp. [26

Einem gut erhaltenen **Gasherd samt Gefäß** hat entbehrlichkeitshalber billig zu verkaufen **E. Maish.**



Turnverein Wildbad. Samstag abend 8 Uhr **Singstunde** im Lokal (alten Linde). Vollzähliges und pünktliches Erscheinen dringend notwendig. **Der Vorstand.**

Schützen-Verein Wildbad. Sonntag nachmittags von 2 Uhr ab **Königschießen** Von 4 Uhr ab **Schießen auf d. Königschilde** Das Schützenweiseramt.



Ev. Arbeiterverein Von heute mittags 1 Uhr ab können **Kohlen** abgeholt werden. **Der Vorstand.**

Junger Mann kann sich zum **Chauffeur** ausbilden. Beruf gleich. Eintritt sofort oder später. **Automobilhaus Otter** Offenburg i. Baden.

Evang. Gottesdienst. Etomichi. 22. Februar. Vorm. 1/10 Uhr Predigt: Stadtpfarrer **Rösler**. 1/11 Uhr Kindegottesdienst. Mitt. 1 Uhr: Christenlehre u. den Söhnen: Stadtvicar **Reppler**. Abends 1/8 Uhr Bibelstunde in der Kleinkinderschule: Stadtvicar **Reppler**.

Evang. Jünglingsverein. Samstag, 21. Februar. 8 Uhr: Pfadfindereinweisung. Sonntag, 22. Februar. 2 1/2 Uhr: Pfadfinder in der Turnhalle. 4 Uhr: Spielen. 6 Uhr: Vereinsstunde.

